



Koalition investiert in die Pflege des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa

Koalition investiert in die Pflege des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa
Kulturförderung wird auf 21 Millionen Euro erhöht
Der Deutsche Bundestag hat am heutigen Mittwoch in 2./3. Lesung den Haushalt 2013 des für Kultur zuständigen Bundeskanzleramtes beschlossen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:
"Die Koalition investiert mit dem Kulturretat 2013 nachhaltig in den Erhalt und in die Pflege des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa. In einer großen Kraftanstrengung und auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Kulturförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz auf 21 Millionen Euro erhöht. Davon werden einmalig 100.000 Euro für die Planung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Errichtung des Sudetendeutschen Museums in München verwendet, für das der Bund bis 2015 insgesamt zehn Millionen Euro zur Verfügung stellt. Der ebenfalls im Koalitionsvertrag enthaltene Aufbau der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin wird auch einmalig mit 1,25 Millionen Euro unterstützt, um die Umbaumaßnahmen im Deutschlandhaus zügig voranzubringen zu können. Außerdem steigt die sonstige Kulturförderung auf 19 Millionen Euro, mit denen etwa Baumaßnahmen beim Herder-Institut oder Tarifierhöhungen der in den Landesmuseen oder anderen Einrichtungen beschäftigten Mitarbeitern finanziert werden. Die Erhöhung ist entgegen der Stimmen der Opposition keine Hauruckaktion, sondern folgt der langfristigen Strategie der unionsgeführten Bundesregierung, das Kulturerbe der Deutschen in Osteuropa substantiell zu erhalten und zu pflegen. Die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn sind deshalb so gut wie nie zuvor, nicht weil wir unser dortiges Kulturerbe vergessen, sondern weil wir darüber neue Brücken bauen. Großer Dank gebührt den Haushaltspolitikern der Koalition und insbesondere dem aus Westpreußen stammenden Kulturstaatsminister Bernd Neumann, dem es gelungen ist, den Kulturhaushalt achtmal in Folge zu erhöhen. So bekräftigte der Kulturstaatsminister auf dem jüngsten Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Aussöhnung als Aufgabe, dass dieses Geld gut investiert sei. Denn es gehe um nichts weniger als einen bedeutenden Teil unserer Geschichte wie unserer deutschen und europäischen Identität."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.